

ALBANIEN

Gewerkschaftsmonitor

Juni 2025

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

POLITISCHE ENTWICKLUNG

Albanien ist eine nicht konsolidierte parlamentarische Demokratie. Die politische Lage ist durch die Dominanz der Sozialistischen Partei (SP) unter der Führung von Premierminister Edi Rama und einer schwachen Opposition (Demokratische Partei (DP)) geprägt. Seit dem Ende der stalinistischen Diktatur hält eine starke Polarisierung zwischen den politischen Lagern weiterhin an. Aktuell wird die Opposition weder ihrer Kontrollfunktion gerecht noch gibt sie politische Impulse. Die SP regiert mit absoluter Mehrheit und gewann bei den letzten Parlamentswahlen im Mai 2025 mit 53 Prozent der Stimmen.

Im Oktober 2024 eröffnete die EU den ersten Cluster zur Erweiterung und die Hoffnung auf eine Aufnahme in das Bündnis im Jahre 2030.

Mehr als 90 Prozent der Bevölkerung und damit auch alle relevanten politischen Kräfte befürworten eine europäische Integration. Zwar hatten die Zurückhaltung der EU und das Fehlen eines konkreten Fortschritts den Reformwillen zunehmend geschwächt, nichtsdestotrotz hatten Parlament und Regierung in den Vorjahren bereits einige Neuerungen zur Annäherung an den EU-Acquis durchgesetzt. Von besonderer Bedeutung ist die umfassende Justizreform von 2006, die Rechtsstaatlichkeit fördern und die anhaltende Korruption zu beenden. Die wichtigste Institution, die im Zuge dessen geschaffen wurde ist die Sonderstaatsanwaltschaft zur Bekämpfung von organisierter Kriminalität (SPAK), die im vergangenen Jahr mehrere Korruptionsskandale auch hochrangiger Funktionsträger_innen ans Licht förderte.

Die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und der Korruptionsbekämpfung hat das Potenzial, mittelfristig auch positive Auswirkungen auf die Möglichkeiten einer Demokratisierung der Wirtschaft zu entfalten. Nach wie vor sind Wirtschaft und Politik informell eng miteinander verknüpft. Diese Verbindung

sorgt unter anderem dafür, dass an einem Wirtschaftsmodell festgehalten wird, in dem Gewerkschaften keine Rolle spielen können und sollen. Durch eine schrittweise Entflechtung dieser Beziehungen und eine Stärkung der Transparenz könnten auch die Arbeitsbedingungen und die Rolle der Arbeitnehmer_innenvertretungen verbessert werden. Überdies werden im Rahmen des Beitrittsprozesses Vorschriften und Gesetze übernommen werden, was auch die Arbeitnehmer_innenrechte und Arbeitsbedingungen direkt betreffen wird. Das Screening, in dem alle Reformbedarfe identifiziert wurden, ist bereits abgeschlossen. In den kommenden Jahren sollten entsprechende Anpassungen vorgenommen werden.

Im Kontext der europäischen Integration gab es eine konkrete Neuerung. Als erste Institution der EU nimmt der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) auch Mitglieder aus den Kandidatenländern auf, welche jedoch kein Stimmrecht haben. Entsprechend nehmen seit 2024 auch albanische Vertreter_innen an den Sitzungen teil. Ein Großteil von ihnen gehört den Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden an.

Neben den Veränderungen von außen (EU) gab es in den vergangenen Monaten einige konkrete Entwicklungen im Feld der Lohnpolitik. Wiederholt unterstrich die albanische Regierung ihren Kurs, die Arbeitsbedingungen und insbesondere die Löhne verbessern zu wollen und damit auch der hohen Abwanderung der dringend im Land benötigten Fachkräfte entgegenzuwirken. Die substanziellen Gehaltsanhebungen sind nicht weniger als eine 180-Grad-Wende von der zuvor dominanten Praxis, im globalen Wettbewerb auf einen komparativen Vorteil durch niedrige Löhne zu setzen. Die im Vorjahr angekündigten Gehaltssteigerungen wurden umgesetzt und auch 2024 sollen die Gehälter im öffentlichen Dienst ansteigen. Ziel ist im Jahr 2024 ein Durchschnittseinkommen in diesem Bereich von 900 €, welches nach Berechnungen des Finanzministeriums überschritten werden wird. Vor Beginn der Lohnanpassung lag es bei ca. 650 €. Die Gehälter wurden jedoch unterschiedlich stark erhöht, wobei insbesondere höher qualifizierte Kräfte sowie politische Funktionsträger_innen wesentlich stärker von der Anpassung profitieren. Die Gehälter

von Angestellten in der Grundversorgung und Pfleger_innen werden weiterhin deutlich unter dem Durchschnitt liegen und wurden real kaum erhöht. Der Lohn der Lehrer_innen soll 2025 erneut erhöht werden. Zudem kündigte der Finanzminister an, die Einkommenssteuern für junge Menschen zu senken.

Neben den von der Regierung erhöhten Gehältern im öffentlichen Sektor zogen auch die Gehälter im Privatsektor nach. Dies wurde als ein Ziel der neuen Lohnpolitik ausgegeben. Hier stiegen jedoch die Löhne der gering qualifizierten Beschäftigten am stärksten (16 % von Q4 2022 zu Q4 2023), die der höher qualifizierten stiegen weniger stark (11 % im gleichen Zeitraum). Noch immer basiert das Wirtschaftsmodell auf weniger ausgebildeten Kräften, beispielsweise in Tourismus und der Gastronomie, in der Bauwirtschaft und einfachen Fertigungsprozessen. Insbesondere die Entwicklung des Tourismus wurde auch im vergangenen Jahr intensiv von der Regierung unterstützt. Auch wurde zum April 2025 der allgemeine Mindestlohn auf ca. 420 € erhöht (Anstieg um 18 %). Der Mindestlohn war bereits in den Vorjahren stetig erhöht worden.

WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

Mit Ausnahme der Erdbeben- und Covid-Jahre verfügte Albanien im letzten Jahrzehnt über ein konstant moderates Wachstum. 2024 lag es nach Schätzungen bei 4,0 Prozent. Damit blieben die Wachstumsraten trotz der veränderten globalen Wirtschaftslage weiterhin positiv, obwohl die vergleichsweise kleine und offene albanische Volkswirtschaft fest in die globalen Handelsketten integriert ist. Die Inflation lag insgesamt bei 2,2 Prozent und damit niedriger als in der Region. Mit 54 Prozent Anteil am BIP sind Dienstleistungen der größte Sektor, gefolgt von Industrie und Baugewerbe mit 24,2 Prozent und Landwirtschaft mit 21,7 Prozent. Wachstumsbranchen sind der Bau- und der Tourismussektor. Es kamen etwa 30 Prozent mehr Tourist_innen ins Land als im Jahr 2023.

Mit Ende des Kommunismus wurde der Markt unbegrenzt geöffnet und ein maximaler Rückzug des Staates auch von internationalen Gebern gefördert. Ergebnis war nicht nur eine offene Volkswirtschaft. Der ungezähmte Kapitalismus führte zum Verharren auf einer niedrigen Wertschöpfungsstufe, zu hohen Einkommens- und Vermögensunterschieden und zu einer unzureichenden Bereitstellung öffentlicher Güter. Letzteres zeigt sich insbesondere in Hinblick auf die soziale Sicherung. Es gibt lediglich eine rudimentäre Zahlung von 60 und ca. 100 € pro Monat bei Armut und Arbeitslosigkeit, wobei die Armutsgrenze bei ca. 2 760 € für einen Einpersonenhaushalt liegt. Der Mindestlohn ist weiterhin niedrig, auch wenn er in den vergangenen Jahren sehr deutlich gestiegen ist und inzwischen im Eurostat-Vergleich bei monatlich ca. 400,- € liegt. Der offizielle Durchschnittslohn formeller Lohnarbeit ist in den vergangenen Jahren gestiegen und liegt bei ca. 830,- €, was einem Anstieg von 11,2 Prozent im Vergleich zum Vorjahr entspricht. Die Aussagekraft dieser Angabe ist jedoch beschränkt, denn es besteht trotz gezielter Bestrebungen zur Formalisierung weiterhin ein bedeutender informeller Sektor, der auf einen Anteil von über der Hälfte der Beschäftigten geschätzt wird. Zudem sind der Anteil der Selbstständigen und der Klein-

unternehmen mit 52 Prozent (2023) der höchste in der Region, wie die Zahlen aus Serbien mit 27 Prozent, Montenegro mit 18,7 Prozent und Nordmazedonien mit 15,9 Prozent zeigen. Durch den Anstieg der Löhne haben viele internationale Unternehmen die Textilproduktion aus Albanien in billigere Länder verlagert. Es gibt kaum industriepolitische Ansätze, um die albanische Wirtschaft auf eine höhere Wertschöpfungsstufe zu heben. Nur in der IT und Digitalbranche kommt es zu Investitionen. Ein großes Problem ist der wachsende Mangel an Arbeitskräften. Dieser wird neuerdings im Tourismus und im Bau-sektor durch Wanderarbeiter_innen aus Süd- und Südostasien ausgeglichen.

Die offizielle Arbeitslosenrate liegt bei 8,8 Prozent (Q4 2024), wobei ca. ein Fünftel der jungen Menschen zwischen 15 und 29 Jahren weder in Schule, Ausbildung noch Arbeit ist. Die albanische Bevölkerung ist vergleichsweise jung mit einem Medianwert von 38,8 Jahren (2023), wobei das Durchschnittsalter in den vergangenen Jahren angestiegen ist. Ein ähnlicher demografischer Wandel wie im Rest Europas ist also zeitversetzt zu erwarten. Die Abwanderung junger Menschen, die zusätzlich durch Anwerbeprogramme aus Deutschland und anderen Ländern unterstützt wird, trägt damit nicht nur zu einer Abwanderung von Fachkräften, sondern auch zu einer Verschiebung der Altersgruppen in der Gesellschaft bei. Mehr als die Hälfte der 14- bis 29-Jährigen äußern den Wunsch, ins Ausland zu emigrieren, wo sie sich einen höheren Lebensstandard und bessere Beschäftigungsmöglichkeiten versprechen. Gleichzeitig stellen Rücküberweisungen, welche im Jahr 2024 den Höchstwert von 1,045 Milliarden Euro erreicht hatten, einen entscheidenden Wirtschaftsfaktor dar, der nicht nur die Absicherung vieler Familien bedeutet, sondern auch als wichtige Kleininvestition zu einer Dynamisierung des Wirtschafts-geschehens beiträgt.

GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

Die Sichtbarkeit der Gewerkschaften in der albanischen Öffentlichkeit ist nach wie vor gering. Dennoch ist festzustellen, dass die Aktivitäten der Gewerkschaften sowie die von ihnen angesprochenen Probleme zunehmend in den Medien Beachtung finden. Für die Arbeitnehmer_innen in Albanien bestehen die Herausforderungen in der Durchsetzung des Arbeitsgesetzes sowie in der Stärkung der gewerkschaftlichen Organisation.

In den vergangenen 12 Monaten wurden trotz des begrenzten gesellschaftlichen und politischen Einflusses einige Aktivitäten seitens der Gewerkschaften und Unternehmensbeschäftigten durchgeführt:

- Am 1. Mai 2024 organisierten die Föderation der Gewerkschaften für Bildung und Wissenschaft (FSASH) sowie die Unabhängige Albanische Bildungsgewerkschaft (SPASH) eine Kundgebung vor dem Ministerium für Bildung und Sport unter dem Motto: »Es gibt keine gute Bildung ohne gut bezahlte Lehrer«. Die Teilnehmer_innen forderten eine Erhöhung der Lehrer_innengehälter sowie bessere Arbeitsbedingungen in den Bildungseinrichtungen.

- Ein weiterer Protest am 1. Mai vereinte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer_innen aus verschiedenen Sektoren – darunter Textilindustrie, Callcenter, Gesundheitswesen, Reinigungsdienste, Bildungswesen, Öl- und Bergbau – unter dem gemeinsamen Motto: »Würde bei der Arbeit«. Die Protestierenden prangerten niedrige Löhne, fehlende Arbeitsverträge sowie die Nichteinhaltung gesetzlicher Feiertage an.
- Am 1. Mai 2024 organisierte der albanische Gewerkschaftsbund (KSSH) eine Demonstration. Im Mittelpunkt der Forderungen standen die Bekämpfung der Abwanderung junger Menschen, die Erhöhung der Löhne, die Senkung der Preise und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen.

Die Organisation mehrerer Proteste am 1. Mai hat erneut die Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung im Land deutlich gemacht. Das Fehlen einer Zusammenarbeit und der zunehmende Konflikt zwischen den Gewerkschaften werden immer offensichtlicher.

- Im November 2024 protestieren 250 Beschäftigte der Schneiderei »Alba Shoes« in Vlora. Der Arbeitsvertrag mit dem Arbeitgeber wurde in keinem Punkt eingehalten, da ihnen acht Monate lang weder Sozial- noch Krankenversicherungsbeiträge gezahlt wurden und sie nicht einmal den Mindestlohn erhielten.
- Anfang 2025 veranstalteten die Beschäftigten der Schneiderei »Altek shpk« in Krujë mit Unterstützung von Gewerkschaftsaktivisten einen Protest. Sie forderten den Jahresendbonus, die Bezahlung von Überstunden und Urlaub sowie die Einhaltung des Arbeitsvertrags und anderer gesetzlicher Rechte. Dank ihres Widerstands und ihrer Organisation war das Unternehmen gezwungen, 60 Prozent der Prämie sofort auszuzahlen.
- Die Bergarbeiter in Bulqiza haben ihren Protest auch 2025 fortgesetzt. Sie erklärten, dass der Protest nicht beendet wird, bis die Forderungen, die sie an das Unternehmen »Albchrome« gestellt haben, erfüllt sind. Zu den wichtigsten Forderungen gehören die im Januar versprochene Lohnerhöhung sowie die Abschaffung der obligatorischen Arbeit am Wochenende (samstags). Eine weitere wesentliche Forderung der Bergleute ist die Anerkennung des Bergarbeiterstatus.

GEWERKSCHAFTEN IN ALBANIEN – FAKTEN UND DATEN

HISTORISCHE ASPEKTE

Eine Marktliberalisierung erfolgte im Vergleich zu den Ländern Südosteuropas sehr verzögert. Die lang anhaltende Dominanz feudaler Strukturen und der Zünfte bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts hing mit der Tatsache zusammen, dass Albanien Teil des Osmanischen Reiches war. Die wirtschaftliche Entwicklung zu Beginn des 20. Jahrhunderts ermöglichte die Bildung des ersten Kerns der Arbeiterklasse in Albanien. Die Gründung einiger Vereinigungen und deren Organisationen können als Vorläufer der Gewerkschaften betrachtet werden. Die 1920er-

Jahre markieren auch den Beginn der parlamentarischen Demokratie in Albanien. Die ersten gewerkschaftlichen Organisationen entstanden in städtischen Zentren. In dieser Zeit wurden mehrere Streiks organisiert, die auf die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, wirtschaftliche Forderungen, die Verkürzung der Arbeitszeiten und die Einführung eines wöchentlichen Ruhetags abzielten. In der Zeit der Diktatur (1944–1990) war die Gewerkschaft Teil der Einheit von Staat und Partei und damit lediglich eine Propagandaorganisation des Regimes. Einen sozialen Dialog gab es weder am Arbeitsplatz noch auf Sektor- oder nationaler Ebene. Nach dem Zusammenbruch des Regimes und mit der Einführung der Marktwirtschaft war der Staat nicht länger die einzige Kraft zur Organisation der Gesellschaft und auch nicht mehr der einzige Arbeitgeber. Gewerkschaften und Verbände gründeten sich. Die Gewerkschaften gruppierten sich unter der Führung von zwei Konföderationen, die wenige Monate nach dem Zusammenbruch des Regimes entstanden waren und bis heute bestehen. Es sind die Konföderation der Gewerkschaften Albaniens (KSSH) und die Union der Unabhängigen Gewerkschaften Albaniens (BSPSH). KSSH wurde am 5. Juni 1991 gegründet und ist aus der kommunistischen Staatsgewerkschaft hervorgegangen. BSPSH wurde in politischer Opposition zum kommunistischen Regime am 11. März 1991 gegründet. Sie war eine der ersten demokratischen Organisationen des Landes und spielte Anfang der 1990er-Jahre eine wichtige Rolle bei der Überwindung des Kommunismus. Die Trennung dieser Dachverbände, auch entlang parteipolitischer Zugehörigkeiten, war von Beginn an angelegt und existiert bis heute.

Seit dem Fall des Kommunismus haben sich in Albanien mehr als 200 Gewerkschaften gegründet. Ein Teil von ihnen ist Mitglied eines der beiden Dachverbände. Daneben gibt es einige von KSSH und BSPSH unabhängige Gewerkschaften, die teils Abspaltungen einer Dachverbandsgewerkschaft sind.

GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

Es gibt keine verlässlichen Zahlen zum Organisationsgrad in Albanien. Es ist davon auszugehen, dass dieser im öffentlichen Sektor vergleichsweise hoch ist und bei über 60 Prozent liegt. Im Privatsektor ist dieser hingegen gering, in der privaten Landwirtschaft gibt es kaum Gewerkschaftsmitglieder. Entsprechend werden im öffentlichen Sektor die meisten Tarifverträge abgeschlossen. Die Gewerkschaften im privaten Sektor sind wesentlich schwächer. Beispielhaft ist der Textilsektor: Hier gibt es de facto nur sehr eingeschränkt unabhängige Gewerkschaftsarbeit und Beschäftigte sind sich der Existenz der Gewerkschaften größtenteils nicht bewusst. Entsprechend sind die Arbeitsbedingungen in der Textilbranche weiterhin schlecht und die Löhne niedrig.

Die beiden großen Konföderationen KSSH und BSPSH vertreten ca. 90 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder in Albanien. Sie sind in allen zwölf Regionen des Landes vertreten und agieren hauptsächlich in folgenden Sektoren: Bildung und Wissenschaft, Verwaltung, Metallurgie und Telekommunikation. Beide Dachverbände geben an, dass sie sowohl im öffentlichen Sektor als auch in privaten Unternehmen an Mitgliedern wachsen. Im November 2024 organisierte die KSSH ihren siebten

Tabelle 1

Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände in Albanien

Dachverband	Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Konfederata e Sindikatave të Shqipërisë, KSSH (Konföderation der Gewerkschaften Albanien)	Kol Nikollaj	130 000	IGB, PERC, Beobachterstatus EGB
Bashkimit të Sindikatave të Pavarura të Shqipërisë, BSPSH (Bund der Unabhängigen Gewerkschaften Albanien)	Gezim Kalaja	84 000	IGB, PERC, Beobachterstatus EGB

Tabelle 2

Die wichtigsten Branchenverbände bzw. Einzelgewerkschaften in Albanien

Branchenverband / Gewerkschaft	Dachverband	Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Sindikatës së Pavarur të Arsimit të Shqipërisë, SPASH (Unabhängige Gewerkschaft für Bildung Albanien)	BSPSH	Nevruz Kaptelli	Ca. 11 000	ETUCE, EI
Federata e Sindikatave të Arsimit dhe Shkencës FSASH (Föderation der Gewerkschaften für Bildung und Wissenschaft)	–	Shpetim Brahaj	Ca. 10 000	ETUCE, EI
Federatës së Sindikatave të Punonjësve të Industrisë së Shqipërisë, FSPISH (Gewerkschaftsföderation der Industriearbeiter_innen)	–	Taf Koleci	10 000	IndustriALL, Industrie Europe, PSI, EP-SU
Sindikatës së Punonjësve të Postë-Telekomit Shqiptar, SPPTSH (Albanische Gewerkschaft der Post- und Telekommunikationsangestellten)	–	Renato Mucaj	800	UNI Europa, UNI Global (suspendiert)

Kongress. Zum fünften Mal in Folge wurde Herr Kol Nikollaj erneut zum Vorsitzenden gewählt. Er war der einzige Kandidat auf diesem Kongress. Die KSSH vereint zehn Föderationen unter ihrem Dach. Auch die andere Konföderation, die BSPSH, organisierte im Oktober 2024 ihren achten Kongress. Auch in dieser Konföderation wurde Herr Gezim Kalaja zum fünften Mal in Folge als Präsident wiedergewählt. Die BSPSH vereint neun Föderationen. In beiden Dachverbänden ist die innergewerkschaftliche Mitbestimmung sehr eingeschränkt und es ist in der aktuellen Konstellation kein Wandel in den Organisationen und ihren Arbeitsweisen zu erwarten. Allerdings gab es in den vergangenen Jahren immer wieder Neugründungen und Erneuerungsprozesse in bestehenden Branchengewerkschaften, die teilweise versuchen, Mitglieder stärker einzubeziehen und substantiellere Tarifverträge auszuhandeln. Diese Initiativen sind jedoch noch schwach und angesichts des schlechten Images der Gewerkschaften in Albanien sowie der erschwerten Arbeitsbedingungen bleibt Wandel eine große Herausforderung.

Insgesamt kommt es kaum zur Zusammenarbeit unter den Gewerkschaften, was auch und insbesondere für jüngere Gewerkschaften gilt. Die Fragmentierung und die Konflikte in der Bewegung sind grundlegende Probleme, welche ihre Stärke enorm begrenzen.

ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

Nach dem albanischen Arbeitsgesetz können Gewerkschaften ab einer Beteiligung von mindestens 20 Arbeitnehmer_innen gegründet werden. Sie müssen zur Unterzeichnung des Gründungsgesetzes und der Satzung vor einem Notar erscheinen und sich anschließend beim Bezirksgericht Tirana registrieren lassen. Erst dann gelten Gewerkschaften als legal und dürfen ihre Tätigkeiten aufnehmen.

Albanien hat 55 Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) ratifiziert, darunter die zehn grundlegenden Übereinkommen, vier Übereinkommen zur Organisation sowie 41 technische Übereinkommen. Albanien ist das dritte europäische Land, das das neue ILO-Übereinkommen Nr. 190 ratifiziert hat – das erste internationale Abkommen, das das Recht aller Menschen auf eine Arbeitswelt ohne Gewalt und Belästigung anerkennt.

De facto ist unabhängige Gewerkschaftsarbeit jedoch nicht in allen Wirtschaftsbereichen möglich. Unternehmen üben teils Druck auf die Beschäftigten aus, um sie von Gewerkschaftsmitgliedschaften und insbesondere von aktiver Gewerkschaftsarbeit abzuhalten. Aufgrund des auf Niedriglöhnen basierenden Wirtschaftsmodells werden Gewerkschaftsaktivitäten als kontraproduktiv und standortschädigend angesehen. Entsprechend erschwert ist die genuine Vertretung von Arbeitnehmer_inneninteressen. Dass Gewerkschaften zudem ein

schlechtes Image in weiten Teilen der Gesellschaft haben, ist eine zusätzliche Hürde.

Der größte Teil der Gewerkschaftseinnahmen kommt aus dem Gewerkschaftsvermögen. Dieses Vermögen stammt von der kommunistischen Staatsgewerkschaft und wurde nach dem Sturz des Regimes aufgeteilt und den neuen Gewerkschaften für 30 Jahre überlassen. Je 45 Prozent des Vermögens können die beiden großen Dachverbände KSSH und BSPSH nutzen, 5 Prozent die Bergbaugewerkschaft und 5 Prozent sind auf andere Gewerkschaften verteilt. Es handelt sich dabei vor allem um Immobilien wie beispielsweise »Erholungsheime«, Kulturräumlichkeiten und Spielsäle. Dieses Vermögen trägt wesentlich dazu bei, dass die Konföderationen nur wenig aktiv sind, Mitgliedsbeiträge verbindlich festzulegen und neue Mitglieder anzuwerben. Die Aberkennung der Nutzungsrechte der Immobilien durch die Gewerkschaften hätte dramatische Auswirkungen auf die Dachverbände und würde einen Strategiewechsel notwendig machen.

Nach den Parlamentswahlen im Juni 2017 hat der wiedergewählte Premierminister Edi Rama das Ministerium für Wohlfahrt und Soziales (Arbeitsministerium) aufgelöst. Die Befugnisse dieses Ministeriums wurden zwischen dem Ministerium für Wirtschaft und Finanzen und dem Ministerium für Gesundheit und Soziale Sicherheit aufgeteilt. Bemerkenswert ist, dass viele Direktorate des ehemaligen Arbeitsministeriums nicht mehr existieren, z. B. das Direktorat für Arbeitsbeziehungen, das sich mit Schlüsselthemen wie Tarifverhandlungen, Mediation, Schiedsverfahren und anderen arbeitsrelevanten Themen befasst hatte.

GEWERKSCHAFTEN UND IHRE KERNAUFGABEN

Der Großteil der Tarifverhandlungen findet auf Unternehmensebene statt, darüber hinaus bestehen Branchentarifverträge auf nationaler oder regionaler Ebene. Es verhandeln Arbeitgeber mit der im Betrieb oder der Branche vertretenen Gewerkschaft. In Ausnahmen verhandeln mehrere Gewerkschaften gemeinsam, wie beispielsweise im Bildungsbereich. Die Vereinbarungen regeln eine Lohnuntergrenze, Abfindungen, Überstunden, Vertragslaufzeiten sowie die Freiheit von gewerkschaftlichen Aktivitäten. Tarifverhandlungen auf Branchenebene beziehen in der Regel alle relevanten Unternehmen ein. Der Grad der Tarifbindung ist im öffentlichen Sektor im Vergleich zu dem privaten Sektor hoch, es fehlen jedoch genauere Angaben zur Tarifabdeckung.

Eine aktuelle Herausforderung besteht im Erhalt der Gewerkschaften für den Textil- und im Call-Center-Sektor. Durch die zurückgegangene internationale Nachfrage in beiden Bereichen sollen zahlreiche Arbeitsplätze abgebaut werden. Die Gewerkschaften kämpfen für ihren Erhalt, haben allerdings in vielen Fällen keine guten Aussichten, da sich die internationalen Unternehmen teils zurückziehen oder Zulieferung aus anderen Ländern beziehen werden. Ursächlich für diese Bewegung sind eine insgesamt gesunkene Nachfrage, aber auch die Aufwertung des albanischen Leks gegenüber dem Euro.

Die Hauptanliegen der Gewerkschaften in den vergangenen Jahren sind die Folgenden:

- Kampf gegen Informalität,
- Erhöhung des Mindestlohns,
- Erhöhung der Mitgliederzahlen,
- Sicherheits- und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (insbesondere im Bergbau-, und Bausektor),
- Die Ausweitung der Gewerkschaften im Privatsektor, insbesondere in der Call-Center- und in der Textilbranche.

Im Privatsektor wurden Aufklärungskampagnen zur Einrichtung von Gesundheits- und Arbeitsschutzräten durchgeführt.

GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Dass der Premierminister mit ironischem Unterton mehrfach die Attraktivität des Investitionsstandorts Albanien mit dem Fehlen effektiver Gewerkschaften belegte, beschreibt die schwache Bedeutung, die ihnen bisher beigemessen wird. Ebenso charakterisiert es das noch vorherrschende Wirtschaftsmodell, welches mangels technologischer Wettbewerbsfähigkeit weiterhin auf einen komparativen Vorteil durch niedrige Lohnkosten setzt. Insgesamt ist also der Einfluss der Gewerkschaften beschränkt, was sich nicht nur am noch immer geringen Lohn, sondern auch an den Arbeitsbedingungen in einigen Branchen und am fehlenden Einfluss auf die Gesetzgebung zeigt. Aktuell haben sie kaum Wirkmacht in Bezug auf politische Reformen. Auch im Rahmen des EU-Beitrittsprozesses sind die Arbeitnehmer_innenvertretungen kaum einbezogen. Es bleibt abzuwarten, ob es tatsächlich zu einem nachhaltigen politischen Wandel in der Beschäftigungspolitik kommt und die Abkehr von Niedriglöhnen und eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen Realität werden. Dieser mögliche Wandel wurde jedoch ohne Wirken der Gewerkschaften, sondern eigenständig von der Regierung als Maßnahme gegen den Abwanderungsdruck angekündigt.

So bleibt eine große Herausforderung für die Gewerkschaften, als Sozialpartner anerkannt zu werden. Die primäre Institution für den sozialen Dialog ist der Nationale Arbeitsrat (NAR).

Dieser Rat hat das Ziel, eine Plattform für den Dialog und die Zusammenarbeit zwischen Vertretern der Gewerkschaften, der Arbeitgeber und der Regierung bereitzustellen, damit politische Maßnahmen verabschiedet werden können, die zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Arbeitnehmerrechte beitragen.

Er besteht aus:

- 10 ordentlichen Mitgliedern und 10 stellvertretenden Mitgliedern aus den Arbeitgeberorganisationen
- 10 ordentlichen Mitgliedern und 10 stellvertretenden Mitgliedern aus den Arbeitnehmerorganisationen
- 7 ordentlichen Mitgliedern und 7 stellvertretenden Mitgliedern des Ministerrates

Die stellvertretenden Mitglieder nehmen an den Sitzungen des Rates teil, wenn die ordentlichen Mitglieder abwesend sind. Die repräsentativsten Organisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber werden alle drei Jahre per Beschluss des Ministerrates bestimmt. Es ist hervorzuheben, dass die Sitzungen dieses Rates unregelmäßig stattfinden, was auf eine unzureichend funktionierende soziale Dialogstruktur in Albanien hinweist. Der Rat ist rein konsultativ und soll Empfehlungen an den Ministerrat und die zuständigen Ministerien abgeben. Das begrenzte gesellschaftspolitische Gewicht der Gewerkschaften korreliert mit einem Image in der Bevölkerung, das von einer wahrgenommenen eingeschränkten Repräsentativität und fehlender interner Demokratie, von parteipolitischen Verbindungen und Abhängigkeiten sowie von Intransparenz bezüglich des Gewerkschaftsvermögens geprägt ist. Laut einer Studie über die öffentliche Wahrnehmung von Gewerkschaften in Albanien aus dem Jahr 2018 sind sowohl Gewerkschaftsmitglieder als auch Nichtmitglieder der Meinung, dass sich politische Eingriffe negativ auf die Aktivitäten der Gewerkschaften auswirken. Darüber hinaus sind beide Gruppen der Ansicht, dass Gewerkschaften kaum Einfluss auf die nationale Beschäftigungspolitik haben. Die politischen Parteien haben wiederholt um die Unterstützung der Konföderationen in Bezug auf Reformen und Kampagnen gebeten, aber wenig Interesse an einer Befähigung und Stärkung der Gewerkschaften für einen effektiven sozialen Dialog gezeigt. Alternative Formen der Arbeitnehmer_innenvertretung wurden in den vergangenen Jahren vermehrt genutzt. So versuchten zivilgesellschaftliche Organisationen, die Rechte von Arbeitnehmer_innen im Privatsektor zu schützen. Dies geschah bisher vor allem im Bergbau, im Textilsektor und im Call-Center-Bereich. Die Aktivitäten konzentrierten sich auf Aufklärungsarbeit und auf die Unterstützung von Gewerkschaftsgründungen, was jedoch nur begrenzt erfolgreich verlief. Teils wurden Gewerkschaftsaufgaben wie die Kommunikationsarbeit übernommen und durch eigene Inhalte ergänzt. Hier bleiben Fragen, ob *Ownership* der Gewerkschaftsmitglieder in allen Fällen gegeben ist.

Katharina Hofmann, Leiterin des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Tirana

Genci Lamllari, Programmkoordinator für Gewerkschaften in der Friedrich-Ebert-Stiftung in Tirana

KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Osteuropa
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:
Dr. Constantin Groll, Referent Serbien/Montenegro,
Ukraine, Moldau, Gewerkschaften
constantin.groll@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.